

V. Bemerkungen zu einzelnen Budgetpositionen

Budgetpositionen, die betragsmässig um mehr als 20%, mindestens jedoch um Fr. 50'000 gegenüber dem vom Grossen Rat genehmigten Vorjahresbudget abweichen, werden nachfolgend einzeln aufgeführt und begründet. In jedem Fall werden Abweichungen von mehr als Fr. 500'000 kommentiert. Die Positionen „Gehälter des ständigen Personals“ bzw. „Gehälter der ständigen Lehrkräfte“ sind nur erläutert, wenn sich infolge bewilligter Änderungen des Personalbestandes Mehr- oder Minderaufwendungen ergeben.

Die Erläuterungen zu den betroffenen Budgetkrediten sind bewusst kurz gehalten. Sie zeigen ohne rechnerischen Nachweis die wichtigsten Gründe für die Veränderungen gegenüber dem Vorjahresbudget auf. Finanzpolitisch bedeutende Positionen sind im vorstehenden Berichtsteil näher beschrieben.

Nicht begründet sind in der Regel die lohnabhängigen Sozialleistungen. Das Gleiche gilt für die durchlaufenen Beiträge und die internen Verrechnungen. Diese Bewegungen beeinflussen den Saldo der Laufenden Rechnung sowie den Umfang der Nettoinvestitionen nicht. Ebenso wird auf die Beschreibung von Positionen verzichtet, deren Veränderungen selbsterklärend sind.

Im Budget berücksichtigt ist die flächendeckende Einführung der Verwaltungsführung nach GRiforma-Grundsätzen. Die Umsetzung erfolgt etappenweise. Im Budget 2009 sind die Dienststellen der 1. und 2. Umstellungsetappe enthalten. Sämtliche GRiforma-Planungsberichte mit Erläuterungen zu den GRiforma-Produktgruppen-Budgets sind unter Kapitel VIII. zu finden.

2 DEPARTEMENT FÜR VOLKSWIRTSCHAFT UND SOZIALES

2230 Amt für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit (ALT)

- 3180 Für die Leitung der Lebensmittelkontrolle ist das eidgenössische Lebensmittelchemiker-Diplom nötig. Bis der jetzige Stelleninhaber dieses Diplom erlangt hat, wird ein auswärtiger Experte beigezogen.
- 3186 Seit 2007 ist das Amt für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit im Rahmen der Kontrolle in der Primärproduktion auch für die milchwirtschaftlichen Kontrollen zuständig. Die Kontrollen werden durch den festangestellten Amtstierarzt vorgenommen. Dieser kann jedoch das Soll an Kontrollen nicht erreichen, da er zusätzlich auch tierärztliche Aufgaben im Rahmen der Bovinen-Virus-Diarrhoe (BVD)-Ausrottung zu übernehmen hat. Die Kontrollen der Primärproduktion werden zu einem definierten Teil an einen nebenamtlich angestellten Tierarzt vergeben. Mit dieser Aufgabenteilung (Kontrollen BVD) ergibt sich ein personeller Minderaufwand auf Konto 2231.3010.
- 4311 Die Gebühren für kostenpflichtige Analysen und Kontrollen sind für das Jahr 2008 zu optimistisch budgetiert worden.
- 4312 Bei der Budgetierung 2008 war noch nicht bekannt, ob die BVD-Laboruntersuchungen auch für andere Kantone ausgeführt werden könnten. Diese Aufträge wurden jedoch an andere Labors vergeben.
- 5062 Anschaffung eines Analysegerätes für das Labor für Lebensmittelsicherheit. Speziell zum Vollzug der Überwachung von Schwermetallen in Wasser und Lebensmitteln gemäss geltender gesetzlicher Vorgaben muss ein Atom-Absorptions-Spektrometer beschafft werden.

2231 Tierseuchenbekämpfung Spezialfinanzierung

- 3010 Mit Fortschreiten des BVD-Ausrottungsprogramms fallen weniger personelle Aufwendungen an (Labbormitarbeiter); siehe auch Konto 2230.3186.
- 3130 Der Mehraufwand ist auf den Kauf von Impfstoff zur Bekämpfung der Blauzungenkrankheit zurückzuführen. Ebenfalls nehmen die Tierarztkosten zu.
- 3180
- 3131 Im Jahr 2009 wird das BVD-Ausrottungsprogramm so weit fortgeschritten sein, dass nur noch die neugeborenen Kälber auf BVD untersucht werden müssen. Mit der geringeren Anzahl an Untersuchungen gehen auch die Aufwendungen für Verbrauchsmaterial zurück.
- 3650 Im Rahmen der Bekämpfung der BVD werden BVD-positive Tiere getötet. Pro Tier der Rindergattung werden Fr. 300 entschädigt. Im Jahr 2009 ist mit weniger BVD-positiven Tieren zu rechnen.
- 4310 Im Jahr 2007 wurde in Betracht gezogen, die Beiträge für ausserkantonale Sömmerrungsvieh zu senken. Aufgrund der aktuellen Bekämpfungsmassnahmen gegen die BVD und die Blauzungenkrankheit, welche auch die ausserkantonalen Sömmerrungstiere betreffen, wurden die Beiträge unverändert belassen.
- 4620 Die jährlichen Beiträge der Gemeinden und der Tierbesitzer an den Tierseuchenfonds wurden für
- 4690 die Jahre 2008 bis 2010 erhöht, um die Finanzierung der Bekämpfung der Blauzungenkrankheit sicherzustellen.

2240 Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA)

- 3181 Der hohe Budgetbetrag des Vorjahres stand im Zusammenhang mit dem gekündigten Gesamtarbeitsvertrag (GAV) im Bauhauptgewerbe. Das KIGA beziehungsweise von diesem beauftragte Dritte nehmen im Rahmen des Vollzuges der flankierenden Massnahmen die Kontrolle betreffend die Einhaltung der orts- und berufsüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen in dieser Branche wahr. Seit 1. Mai 2008 ist der neue Gesamtarbeitsvertrag für das Bauhauptgewerbe in Kraft. Voraussichtlich ab 1. Oktober 2008 wird dieser Gesamtarbeitsvertrag vom Bundesrat als allgemeinverbindlich (ave) er-

klärt, so dass der Vollzug der flankierenden Massnahmen wieder Aufgabe der paritätischen Kommission des Bauhauptgewerbes sein wird.

- 3651 Die Regierung hat den Verein Arbeitskontrollstelle Graubünden (AKGR) von der Pflicht befreit, 50% seiner Leistungskapazität für Kontrollaufgaben für den Kanton in Branchen ohne ave-GAV zu verwenden. Diese Kontrollen werden nun praktisch vollständig durch die Arbeitsmarktinspektoren des KIGA durchgeführt. Diese Neuausrichtung hat auch eine Reduktion des Kantonsbeitrags an den Verein AKGR zur Folge.

2241 Regionale Arbeitsvermittlung und arbeitsmarktliche Massnahmen

- 3010 Die sinkenden Zahlen der Stellensuchenden in den Vorjahren hatten eine Reduktion des Personalbestandes zur Folge. Entsprechend fällt auch die Kostenrückerstattung durch den Bund tiefer aus.

2301 Fonds für gemeinnützige Zwecke und zur Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs Spezialfinanzierung

- 3650 Anpassung aufgrund der steigenden Anzahl Gesuche.

- 4401 Diese Bundeseinnahmen wurden bisher bei den Anteilen an Erträgnissen und Steuern des Bundes (Konto 5142.4401) budgetiert. Durch die vorgenommene Anpassung entfällt die interne Verrechnung (siehe auch Konto 5142.3993).

- 4402 Nach Art. 18 der interkantonalen Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Bewilligung und Ertragsverwendungen von interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten erhalten die Kantone von den Lotterie- und Wettunternehmen eine Abgabe von 0.5% der in ihren Kantonsgebieten mit den einzelnen Spielen erzielten Bruttospielerträgen. Die Gelder sind zweckgebunden und zwingend für die Prävention und Bekämpfung der Spielsucht im Lotteriebereich einzusetzen.

2320 Sozialversicherungen

- 3630 Im Rahmen der Revision des kantonalen Familienzulagengesetzes (KFZG) wird der Zulagenanspruch bis zu einer definierten Einkommensgrenze auf die Nichterwerbstätigen ausgedehnt. Die entsprechenden Leistungen werden gemäss Art. 17 Abs. 1 KFZG vollumfänglich vom Kanton finanziert.

- 3660 Aufgrund der NFA wurden das Bundesgesetz über die Ergänzungsleistungen und das kantonale Gesetz über Ergänzungsleistungen revidiert. Diese Änderungen führen zu einer Erhöhung der durchschnittlichen Fallkosten sowie zu einer starken Zunahme der Anzahl Bezugsberechtigter. Zudem werden neu die Rückerstattungen von Ergänzungsleistungen in der kantonalen Rechnungsleitung gesondert ausgewiesen und nicht mehr mit den Leistungen verrechnet.

- 4600 Die höheren Ergänzungsleistungen führen ebenfalls zu höheren Beitragsleistungen des Bundes.

3 DEPARTEMENT FÜR JUSTIZ, SICHERHEIT UND GESUNDHEIT

3105 Staatsanwaltschaft

3300 Die uneinbringlichen Untersuchungskosten werden für die Kreisämter, die Bezirksgerichte und das Kantonsgericht gesamthaft bei der Staatsanwaltschaft erfasst. Sie sind nicht abschätzbar und von verschiedenen, nicht beeinflussbaren Faktoren abhängig. Die abzuschreibenden Untersuchungskosten haben sich im Jahr 2007 um rund 30% reduziert. Der Budgetwert wird entsprechend herabgesetzt.

3130 Strassenverkehrsamt

4371 Es ist davon auszugehen, dass die Inbetriebnahme der neuen Radaranlage im S. Bernardino-Tunnel zu Mehreinnahmen führen wird.

3213 Psychiatrische Dienste Graubünden

3643 Der Beitrag des Kantons reduziert sich um die ehemals auf dem Konto 4364 (Anteile Dritter an Betriebsbeitrag Heimzentren) erwarteten Einnahmen. Gemäss IVSE-Richtlinien (Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen) übernehmen die Einrichtungen ab dem 1.1.2008 die Verrechnung der kostendeckenden Tarife an Ausserkantonale selbst.

3645 Der Trägerschaftsbeitrag an die Heimzentren erhöht sich aufgrund teuerungsbedingter Personalaufwendungen.

4 ERZIEHUNGS-, KULTUR- UND UMWELTSCHUTZDEPARTEMENT

4210 Amt für Volksschule und Sport

- 318001 Mehrkosten für den Schulversuch Rumantsch Grischun in der Schule (pro Jahr ein Jahrgang neu dazu / wissenschaftliche Evaluation).
- 318006 Grössere Nachfrage an Weiterbildungen der Lehrpersonen.
- 318011 Beginn der Umsetzung des Projektes Einführung der zweiten Fremdsprache auf Primarstufe.
- 318012 Die Entschädigung für die Lehrmittelbewirtschaftung wird neu separat verbucht (bisher Konto 318020).
- 318032 Nachqualifikation von Leitenden infolge Ausweitung der J+S-Kurse auf die 5- bis 10-jährigen Kinder.
4369 Teilweise Kompensation dank Mehreinnahmen durch Teilnehmer- und Bundesbeiträge.
4603
- 362004 Steigende Anzahl beurlaubter Lehrpersonen.
- 362515 Im Budget 2008 ist nur der Anteil für fünf Monate des Schuljahres 2008/2009 berücksichtigt.
- 365010 Mit Inkrafttreten der NFA per 1. Januar 2008 übernahm der Kanton die bisherigen Sonderschulleistungen der IV. Diese sind zahlenmässig höher und kostenintensiver als angenommen. Steigende Aufwendungen infolge vermehrter Integration.
- 5620 Keine neuen Bauvorhaben infolge Verlängerung des Moratoriums bis Ende 2009.
- 5650 Der Hauptteil der Projekte ist abgeschlossen. Neue Projekte sind zurzeit keine in Aussicht.

4221 Amt für Höhere Bildung

- 3180 Die Umsetzung der Entwicklungsschwerpunkte 10/14,11/20 und 27/27 des Regierungsprogramms 2009 – 2012 verursacht Mehraufwendungen.
- 3187 Für die Umsetzung der vom Grossen Rat beschlossenen Teilrevision des Mittelschulgesetzes (MSG) sind entsprechende Mittel budgetiert.
- 365002 Die periodengenauere Abgrenzung der Subventionszahlungen führte im Jahr 2008 zu einmaligen Mehrkosten.
- 365009 Im September 2008 wurde mit dem neuen Bachelorstudium Medieningenieur und mit dem Masterstudiengang Business Administration gestartet. Mit diesen Ausbildungsangeboten wird ein wesentlicher Beitrag zur Erfüllung der Zielvorgaben der Regierung geleistet und die geforderten Auflagen gemäss Fachhochschulgesetz langfristig erfüllt.
- 365010 Zur Deckung des Personalbedarfs in schulischer Heilpädagogik werden von der Pädagogischen Hochschule Graubünden in Zusammenarbeit mit der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik Zürich vom Herbst 2008 bis 2011 vier Ausbildungskurse durchgeführt. Für diese Nachqualifikation in schulischer Heilpädagogik hat die Regierung einen Kreditrahmen von maximal 3.8 Mio. Franken genehmigt.
- 365022 Verschiedene Bildungsangebote des Gesundheitswesens laufen bis 2010/2011 aus bzw. werden in die neue Tertiärbildung überführt. Die Beiträge für die auslaufenden Angebote werden durch die interkantonale Fachhochschulvereinbarung oder Fachschulvereinbarung abgelöst (Konto 4200.3610).
- 365029 Gemäss neuem Berufsbildungsgesetz des Bundes sind die bisherigen Bundesbeiträge für die Ausbildung der Förster in der Bundespauschale an den Kanton enthalten. Der Kantonsbeitrag war im Vorjahr zu hoch budgetiert.

-
- 3753 Das Bundesparlament verabschiedete die Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Botschaft) und den damit verbundenen Finanzierungsbeschluss für die Fachhochschulen und reduzierte die Pauschalen ab dem Jahr 2008. Die Erträge der Kommission für Technologie und Innovation (KTI) wurden tiefer budgetiert. Im Jahr 2009 wird von einem reduzierten Auftragsvolumen ausgegangen, da im Jahr 2008 aussergewöhnlich hohe KTI-Aufträge ausgelöst wurden, die sich über ein bis zwei Jahre hinziehen.
- 4610 Die Hebammenausbildung am Bildungszentrum Gesundheit und Soziales (BGS) wird nicht mehr angeboten und läuft im Jahr 2010 aus. Da in den Jahren 2008 und 2009 keine neuen Klassen mehr starten, gehen die Beiträge aus anderen Kantonen an diese Ausbildung zurück.
- 5650 Der Mieterausbau des neuen Schulhauses des BGS am Bahnhof Chur wurde im Vorjahresbudget mit 9 Mio. Franken veranschlagt. Der Neubau des IbW Höhere Fachschule Südostschweiz am Bahnhof Chur und die Werkhalle Technologiezentrum Holz und Wald in Maienfeld sind vollendet und abgerechnet.
- 5750 Im Jahr 2009 sind keine durch den Bund finanzierten Investitionen vorgesehen.
- 6700

4230 Amt für Berufsbildung

- 362003 Die Einführung von neuen Berufen sowie die Überführung bestehender Berufe in die Berufsbildung gemäss Berufsbildungsgesetz werden die Beiträge erhöhen.
- 3723- Die Gemeindebeiträge werden ab dem Jahr 2008 brutto auf den Beitragskonten verbucht. Damit können die Beiträge pro Berufsbildungsangebot übersichtlich ausgewiesen werden. Die Erträge werden auf dem Konto 4621 verbucht.
- 3757
- 4621
- 4700
- 4720

5650 Ab dem Jahr 2008 beinhalten die Beiträge des Kantons auch den Bundesanteil.

4271 Landeslotterie Spezialfinanzierung

- 4690 Für das Jahr 2009 geht die Swisslos davon aus, dass etwa mit einem Anteil für die Kantone wie im Jahr 2005 zu rechnen ist. Somit wird der Kanton Graubünden rund 8.5 Mio. Franken erhalten. Die bisherige negative Jackpot-Entwicklung im laufenden Geschäftsjahr und erhebliche Probleme mit der Einführung neuer Produkte bestätigen die von der Swisslos getroffenen Annahmen.

5 DEPARTEMENT FÜR FINANZEN UND GEMEINDEN

5111 Finanzaufwand und –ertrag

- 3185 Die Mehrwertsteuer der neuen GRifoma-Dienststellen wird direkt bei der betreffenden Dienststelle ausgewiesen.
- 3220 Der Zinsaufwand für die mittel- und langfristigen Schulden kann dank Rückzahlungen reduziert werden.
- 4200 Aufgrund der hohen Liquidität konnten im Jahr 2008 weitere mittelfristige Kapitalanlagen im Umfang von 285 Mio. Franken getätigt werden. Dadurch wird der Zinsertrag auf dem Konto 4221 deutlich erhöht. Demgegenüber muss der Zinsertrag bei den kurzfristigen Geldanlagen auf dem Konto 4200 etwas reduziert werden.
- 4226 Der Anteil am Reingewinn der GKB und die Dividende auf PS der GKB werden ab 2008 im Jahr der Ausschüttung ausgewiesen. Bedingt durch die Umstellung zur periodengerechten Verbuchung entfiel im Budget 2008 diese Ertragsposition. Im Jahr 2009 wird die Ausschüttung für das Jahr 2008 ausgewiesen. Es wird von einem GKB-Ergebnis wie im Jahr 2007 ausgegangen.
- 4261
- 4260 Es wird davon ausgegangen, dass die Rätia Energie AG im Jahr 2009 die gleiche Dividende ausschüttet wie im Jahr 2008. Die Dividende wurde an der GV 2008 gegenüber dem Vorjahr um einen Franken pro Titel erhöht.
- 4315 Diese Rückerstattungen werden neu auf dem Konto 5110.4340 vereinnahmt.

5113 Abschreibungen, Rückstellungen und Zuweisung an Spezialfinanzierungen

- Die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen (mit Ausnahme der AWT-Darlehen) werden in einer zentralen Rechnungsrubrik vorgenommen. Die interne Weiterbelastung von Abschreibungsanteilen erfolgt an die Spezialfinanzierungen und an damit verbundene Rechnungsrubriken (Konto 4960). Den GRiforma-Dienststellen werden die von ihnen verursachten Investitionsausgaben für Informatikprojekte über das interne Verrechnungskonto 4961 ebenfalls überbunden.
- 3310 Die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen erfolgen auf Basis der hochgerechneten Buchwerte. Mit den in der Staatsrechnung 2007 vorgenommenen zusätzlichen Abschreibungen von 53.8 Mio. Franken sind die Restbuchwerte auf den Erinnerungfranken reduziert worden. Damit werden die Abschreibungen des Budgetjahres und der Folgejahre entlastet.
- 3312 4960 Gegenüber dem Vorjahr steigen die Nettoinvestitionen bei der SF Strassen um rund 6.3 Mio. Franken an. Dies ist im Wesentlichen auf die Zunahme beim Ausbau der Verbindungsstrassen (+5.5 Mio. Franken) zurückzuführen. Die Investitionen der Spezialfinanzierungen werden zu 100% abgeschrieben und weiterbelastet.
- 3313 Im Vergleich zum Vorjahr entfallen ausserordentliche Investitionsbeiträge im Bildungsbereich von über 12 Mio. Franken (vgl. Konto 4221.5650) und führen zu tieferen Abschreibungen.
- 3991 vgl. Konto 5315.3425/3426/4991.

5121 Allgemeiner Personalaufwand

- 3010 Die Stellen der Lernenden im Rotationssystem sind neu dezentral bei den Dienststellen budgetiert.
- 3013 Die finanziellen Mittel für die Leistungsprämie werden in den 2. Steuerungssatz eingebaut. Die Budgetierung erfolgt über das Konto 9002.3013.
- 3041 3051 Die Regierung hat eine Verstärkung der beruflichen Vorsorge der beim Kanton und seinen Anstalten angestellten Mitarbeitenden beschlossen. Davon ausgeschlossen sind die Angestellten der Graubündner Kantonalbank, da sie nicht dem kantonalen Personalgesetz unterstellt sind. Die

Verstärkung wird realisiert durch einen Sparplanausbau für obere Einkommen und eine Todesfall-Kapitalversicherung für alle erwähnten, bei der Kantonalen Pensionskasse versicherten Mitarbeitenden. Diese Zusatzleistungen stehen unter dem Vorbehalt der Genehmigungen des Budgets und der erforderlichen Gesetzesanpassungen durch den Grossen Rat sowie der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.

- 3092 Die Kosten für die Aus- und Weiterbildung, die Personalwerbung und die Dienstleistungen Dritter sind neu beim Personal- und Organisationsamt (Gld. Nr. 5120) erfasst.
- 3093
- 3181
- 3186 Im Rahmen des Aktionsprogramms „Gesundes Körpergewicht 2008-2011“ wird ein Gesundheitsförderungsangebot für die Mitarbeitenden lanciert. Dieses umfasst Aktivitäten im Sensibilisierungs-, Bewegungs- und Ernährungsbereich.

5130 Steuerverwaltung

- 3199 Die ausserordentlichen Kosten für die Jahresversammlung der Schweiz. Steuerkonferenz fallen nicht mehr an.
- 3410 Die Position ist eine direkte Folge der tieferen Einnahmen aus der Kapital- und Gewinnsteuer (5131.4010), falls der Beitragssatz nach Art. 3 Abs. 2 lit. b FAG unverändert beibehalten wird.
- 4362 Die Position wurde bisher beim Amt für Polizeiwesen und Zivilrecht budgetiert (Konto 3125.4365). Neu erfolgt die Rückforderung der Kosten aus unentgeltlicher Rechtspflege durch die Steuerverwaltung. Die Erträge sind in der Höhe des Vorjahres budgetiert.

5131 Kantonale Steuern

- 4000 Für das laufende Jahr wird mit Einnahmen von 430 Mio. Franken gerechnet. Ausgehend von dieser Ertragsschätzung wird aufgrund der prognostizierten Wirtschaftsentwicklung und der Teuerung mit einem leichten Anstieg der Einnahmen gerechnet. Diesen Mehreinnahmen stehen die Mindereinnahmen aufgrund der Teilrevision des Steuergesetzes (rund 32 Mio. Franken) und der Reduktion des Steuerfusses (rund 20 Mio. Franken) gegenüber.
- 4005 Der leichte Rückgang der Quellensteuern ist die Folge der Teilrevision des Steuergesetzes und der Reduktion des Steuerfusses.
- 4006 Mit dem Zuzug einzelner vermögender Personen und der Erhöhung der Pauschalleistungen können höhere Einnahmen generiert werden.
- 4010 Für das laufende Jahr wird mit Einnahmen von rund 140 Mio. Franken gerechnet. Das Budget 2008 kann als Folge der Finanzkrise nicht erreicht werden. Im Budgetjahr wirken sich die massive Reduktion des Gewinnsteuermaximums (45 Mio. Franken) und die Reduktion des Steuerfusses (4 Mio. Franken) aus. Auch ist mit geringeren Einnahmen aus den Nachträgen früherer Jahre zu rechnen (5 Mio. Franken). Mit einer verhaltenen Wirtschaftsentwicklung kann mit Einnahmen von 90 Mio. Franken gerechnet werden. Mit dem starken Anstieg der Gewinnsteuern in den letzten Jahren erhöhen sich auch die Ausfälle im Vergleich zu den in der Botschaft zur Teilrevision angegebenen Werten. Die budgetierten Einnahmen übersteigen aber die Einnahmen aus dem Jahr 2004.
- 4030 Für das laufende Jahr werden die budgetierten Erträge weit übertroffen. Für das Jahr 2009 wird mit leicht rückläufigen Erträgen, aber immer noch sehr hohen Einnahmen gerechnet.
- 4050 Mit der Teilrevision des Steuergesetzes per 1.1.2008 wurden die Nachkommen von der Nachlasssteuer befreit. Im Budgetjahr werden noch die altrechtlichen Erbvorbezüge zu bearbeiten sein, woraus aber tiefere Steuereinnahmen resultieren.
- 4080 Die Sonderabgabe auf dem Kapital und Vermögen ist mit der letzten Teilrevision des Steuergesetzes gestrichen worden.

-
- 5136 Kultussteuer**
- 3430 Die Reduktion dieser Positionen ist eine direkte Folge der tieferen Einnahmen aus der Kapital- und
4470 Gewinnsteuer (5131.4010).
- 5142 Anteile an Erträgnissen und Steuern des Bundes**
- 3993 Der sogenannte „Alkoholzehntel“ wird ab dem Jahr 2009 direkt über die SF „Fonds für gemeinnützige Zwecke und zur Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauches“ (Rechnungsrubrik 2301) gebucht.
4401
- 4407 Gemäss Bundesgesetz zum Zinsbesteuerungsabkommen mit der EU werden die Kantone mit 10% am Ertrag des Bundes beteiligt. Die Kantonsanteile richten sich nach der Wohnbevölkerung. Die Auszahlung erfolgt im Folgejahr. Budgetiert ist der Anteil des Jahres 2008 gemäss Berechnungen der Eidgenössischen Steuerverwaltung.
- 448010 Die Werte der NFA-Globalanteile des Kantons Graubünden stammen von der Eidgenössischen Finanzverwaltung. Das Ressourcenpotenzial 2009 widerspiegelt die wirtschaftliche Situation der Kantone in den Bemessungsjahren 2003 bis 2005. Der Lastenausgleich 2009 ergibt sich aus der Teuerungsanpassung (2.9%) des Ausgleichsbetrages des Vorjahres. Der Kanton Graubünden erhält insgesamt 9.6 Mio. Franken mehr NFA-Globalanteile als im Vorjahr.
448030
- 4600 Die Budgetierung stützt sich auf die Berechnungen der Eidgenössischen Zollverwaltung.
- 5310 Amt für Gemeinden**
- 3010 Im Zusammenhang mit der Integration der Gemeindeaufsicht ab Oktober 2008 (bisher Departement für Finanzen und Gemeinden) übernimmt das Amt für Gemeinden eine Juristen-Stelle sowie eine 40% Sekretariats-Stelle.
- 5315 Interkommunaler Finanzausgleich; Spezialfinanzierung**
- 3420 Die Position ist eine direkte Folge der tieferen Einnahmen aus der Kapital- und Gewinnsteuer (5131.4010).
4340
4460
4461
4462
- 3425 Die Mittel des innovativen Projektes Gemeindereform werden bis Ende 2009 aufgebraucht sein (vgl. Konto 3426). Für zusätzliche Fusionsprojekte steht damit einzig die ordentliche Finanzierung zur Verfügung. Weil eine periodengerechte Budgetierung der für Gemeindezusammenschlüsse benötigten Mittel aufgrund der Entscheidungsmechanismen solcher Projekte schwierig ist, sind bei dieser Position regelmässige Kreditüber- oder unterschreitungen unvermeidbar.
- 3426 Beim eingestellten Betrag handelt es sich um den zugesicherten Förderbeitrag an die Talschaftsfusion Bergell. Unter Berücksichtigung dieser Fusion sowie mehrerer erfolgreich abgeschlossener Fusionsprojekte werden die Mittel des „innovativen Projektes Reform Gemeindestrukturen“ bis Ende 2009 aufgebraucht sein.
- 4991 Insgesamt werden 15.5 Mio. Franken (Vorjahr 7 Mio. Franken) Beiträge für Gemeindefusionen budgetiert. Davon laufen 10 Mio. Franken über ordentliche Mittel des Finanzausgleichsfonds (Konto 3425) und 5.5 Mio. Franken über den Verpflichtungskredit „Reform Gemeindestrukturen – innovatives Projekt“ (Konto 3426).

6 BAU-, VERKEHRS- UND FORSTDEPARTEMENT

6110 Amt für Energie und Verkehr (AEV)

- 3010 Kostenneutrale Stellenschaffung durch Stellenverschiebung zu Lasten des Tiefbauamtes.
- 3138 Als Folge der NFA (Übergabe der Nationalstrassen an den Bund) fand eine Vertragsauflösung auf Anfang 2008 statt. Dementsprechend entfallen künftig Aufwand und Ertrag für die Energievermittlung. Der Nettoertrag betrug in der Rechnung 2007 rund Fr. 560'000.
- 3139 Die Budgetierung der Kosten für Beteiligungs-, Beteiligungsersatz- und Jahreskostenenergie der Grischedelectra AG (GEAG) basiert auf den Werten der Finanzplanung der GEAG.
- 3640 Rückgang infolge ausserordentlicher Erhöhung der Kantonsquote durch den Bund.
- 3642 Mehraufwand aufgrund Erhöhung des Dieselpreises und punktueller Angebotsverbesserungen in allen Regionen Graubündens sowie Mehraufwand Chur-Bellinzona wegen neuem SBB-Angebotskonzept Gotthard.
- 3643 Schliessung der Taktlücke Sargans-Chur-Sargans am Abend und Erhöhung der Kapitalkosten des Rollmaterials.
- 3740 Ausserordentliche Erhöhung der Kantonsquote um 3 Mio. Franken sowie höherer Bundesbeitrag an 4702 die Substanzerhaltung der RhB.
- 4112 Aufgrund der Zwischenergebnisse der grossen Stromproduzenten im Kanton ist im Vergleich zum erzielten Ertrag im Vorjahr mit einem höheren Wasserwerksteuerertrag zu rechnen.
- 4351 Voraussichtliche Erhöhung des Ertrages infolge Anpassung des Aufgeldes der in die GEAG eingebrachten Energie (Vertragsverhandlungen laufen).
- 4352 Als Folge der Beteiligung an der Kraftwerksgesellschaft Zervreila AG erhält der Kanton ein fixes Aufgeld von einem Rappen/kWh für die nächsten zehn Jahre vergütet.
- 5644 Erhöhung infolge zusätzlicher Kantonsbeiträge für Anlagen der Strassentransportdienste / Bus-Priorisierung Oberengadin und Chur sowie Anschlussgleise.
- 5646 Rückgang infolge Sistierung Projekt Porta Alpina.
- 5655 Anpassung des Investitionsbeitrages an die stark steigende Nachfrage nach Förderbeiträgen für Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz in Bauten und Anlagen.
- 5740 Leichte Reduktion des Bundesbeitrags infolge Rückstand der RhB gegenüber den Bauprogrammen.
- 6700
- 6125 Wasserbau**
- 3180 Abnahme der erforderlichen und aktuell bekannten Projektierungen im Bereich Wasserbau.
- 5620 Erhöhung der Kantonsbeiträge aufgrund der NFA. Durch die Folgeprojekte des Hochwassers 2005 verbleibt ein hoher Finanzbedarf.
- 5720 Die durchlaufenden Bundesbeiträge für altrechtliche Projekte gehen aufgrund der NFA zurück.
- 6700 Für die neuen Projekte (kleiner als 1 Million Franken) werden Programmvereinbarungen abgeschlossen.
- 6600 Neuer Bundesbeitrag aufgrund der NFA gemäss abgeschlossener Programmvereinbarung.

-
- 6200 Tiefbauamt**
- 3010 Verschiebung einer Stelle zum Amt für Energie und Verkehr.
- 3113 Der Ersatz ausgedienter Fahrzeuge und Maschinen ist zyklisch.
- 3142 Das Startprojekt SchweizMobil ist abgeschlossen.
- 4620
- 3180 Im Vorjahr wurden auf diesen Konten Fr. 400'000 für das Projekt der neuen Querverbindung zwischen der Julier- und der Schanfiggerstrasse budgetiert, welches aus dem Verpflichtungskredit "neue Verkehrsverbindungen - innovatives Projekt" (Konto Nr. 6000.3181) finanziert wird.
- 4340
- 4394 Umsatzgebühren für die neue Raststätte Viamala.
- 6210 Unterhalt und Betrieb der Nationalstrassen**
- 3141 Der bauliche Unterhalt der Nationalstrassen ist neu Sache des Bundes. Die Gebietseinheit bzw. der Kanton ist nur noch für den Betrieb und den kleinen Unterhalt der Werkhöfe zuständig.
- 3142 Der bauliche Unterhalt der Nationalstrassen ist neu Sache des Bundes. Der Kanton erledigt im Auftrag des Bundes den Betrieb und Unterhalt der Nationalstrassen. Weil der Aufwand seitens des Kantons infolge Zuständigkeitsänderung sehr viel kleiner geworden ist, sind auch die entsprechenden Einnahmen geringer.
- 4605
- 3190 Die Bundesmittel für die Brandbekämpfung werden neu direkt der Gebäudeversicherung zuhanden der Gemeinden vergütet. Ausnahme bildet ein separater Vertrag im Zusammenhang mit der Gemeinde Mesocco betreffend den San Bernardinotunnel.
- 4606
- 4360 Infolge Abschluss der grösseren Sanierungsarbeiten an der A13 und der Änderung der Zuständigkeiten gehen die Einnahmen aus der Energielieferung für die Baustellen deutlich zurück.
- 5062 Im Jahr 2009 müssen eine 28-jährige Frässchleuder und ein 19-jähriges Kommunalfahrzeug ersetzt werden.
- 6211 Unterhalt und Betrieb der Kantonsstrassen**
- 3142 Zusätzliche Mittel zur Instandhaltung und Instandstellung der Strasseninfrastruktur sind nötig und werden gestützt auf das Strassenbauprogramm 2009–2012 budgetiert.
- 3144 Die Sanierungsarbeiten für die Seilbahnen sind grundsätzlich abgeschlossen. Notwendig ist noch der Ersatz der Tragseile.
- 3180 Gegenüber dem Vorjahr sind zusätzlich Fr. 100'000 für die Datenmigration in das System Mistra budgetiert, welche u.a. für den Betrieb des Managementsystems für die Strassenerhaltung (Strassenbauprogramm) notwendig ist.
- 3190 Im Jahr 2009 entfallen spezielle Investitionen in die Stützpunkte für Brandbekämpfung.
- 4340 Die Vergütung Dritter für die Mitbenutzung der Infrastrukturanlagen Strassen (Kommunikationsanlagen) geht infolge einer neuen Aufgabenzuteilung an die Kantonspolizei.
- 5621 Der Betrag berücksichtigt den aktuellen Stand der voraussichtlich im Jahr 2009 an die Gemeinden zu leistenden Beiträge.
- 6311 Das Amt für Wald bzw. das Bundesamt für Umwelt beteiligen sich an der Lawinen-Sprengmastenanlage Gonda.
- 6609 Der Betrag entspricht den vom Bund zugesicherten Investitionsbeiträgen für strassenbedingte Schutzbauten.

6220 Ausbau der Nationalstrassen

- 501103 Mit der Einführung der NFA übernimmt der Bund den Ausbau der Nationalstrassen, was im Jahr 2009 zu einer Reduktion führt.
- 501104 Mit dem Baubeginn der Umfahrung Küblis im Rahmen der Fertigstellung der Nationalstrassen erhöhen sich die Investitionen bei der Prättigauerstrasse.
- 6601 Die Position beinhaltet die Bundesbeiträge für die durch den Kanton betreuten Ausbauprojekte der Nationalstrassen.

6221 Ausbau der Hauptstrassen

- 5013 Die Budgetierung richtet sich nach dem Strassenbauprogramm 2009 - 2012.
- 6605 Der Betrag entspricht den zu erwartenden Bundesbeiträgen.

6224 Ausbau der Verbindungsstrassen

- 5015 Die den Bedürfnissen entsprechende Erhöhung der Mittel entspricht dem Strassenbauprogramm 2009 - 2012.

6230 Finanzierung der Strassenaufwendungen

- 4605 Anpassung infolge NFA. Die entsprechenden Bundesanteile an Mineralölsteuern werden neu auf
4608 dem Konto 6230.4608 verbucht.
- 4985 Der Reinertrag des Strassenverkehrsamt nimmt gegenüber dem Vorjahr zu.

9001 Globaler Teuerungsausgleich (1. Steuerungssatz)

Aufgrund der voraussichtlichen Teuerungsentwicklung per Ende November 2008 wird mit einem Teuerungsausgleich der Gehälter von 2.5% gerechnet (Vorjahr 1.8%).

9002 Pauschalen für Lohnentwicklungen, Leistungsprämien und Stellenbewirtschaftung (2. Steuerungssatz)

- 3010 Die finanziellen Mittel für die individuellen Lohnerhöhungen per 1. Januar 2009 werden pauschal über diese Kontoposition verbucht. Bei den Gehaltskonten der Dienststellen werden die Löhne ohne Lohnentwicklung erfasst. Der eingesetzte Wert für die individuellen Lohnerhöhungen entspricht dem Mindestsatz von einem Prozent der Lohnsumme (Art. 19 Abs. 3 Personalgesetz, PG).
- 3011 Die Budgetierung der jährlichen Kostensteigerung für die Stellenbewirtschaftung erfolgt ebenfalls pauschal über den 2. Steuerungssatz. Die beantragten Mittel beinhalten die Aufwendungen für kostenwirksame Stellenumwandlungen und Erhöhungen von Aushilfenkrediten.
- 3012 Auf den 1. April 2009 soll dem Personal eine Reallohnerhöhung von zwei Prozent gewährt werden. Diese Reallohnerhöhung steht unter dem Vorbehalt der Genehmigungen des Budgets und der erforderlichen Gesetzesanpassungen durch den Grossen Rat.
- 3013 Die Leistungsprämie wird pauschal über den 2. Steuerungssatz budgetiert. Gemäss Art. 24 Abs. 2 PG beträgt diese mindestens ein Prozent der Lohnsumme. Für das Budget 2009 wird eine Leistungsprämie von 1.4 % beantragt (Vorjahr 1.2%). Damit erhöht sich die Leistungsprämie um Fr. 500'000. Dieser Betrag wird nicht auf die Dienststellen verteilt, sondern von der Regierung eingesetzt.